

SVPdirekt

FREIHEITLICHE UND KONSERVATIVE ZEITSCHRIFT FÜR DIE REGION WINTERTHUR | FEBRUAR-AUSGABE 1/2021 | 29. JAHRGANG

AZB
8404 Winterthur

Verhüllungsverbot



Retouren an
Printimo AG, Postfach

DIE POST

Ja zum Verhüllungsverbot



Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Kanton ZH

Die Initiative will Randalierer und Hooligans demaskieren, was dringend notwendig ist. Vom Verbot ausgenommen werden medizinische Gründe wie die aktuelle Maskenpflicht, der Schutz vor der Witterung und natürlich die einheimischen Bräuche wie die Fasnacht.

Andererseits soll die Verhüllung von Frauen verboten werden.

Kleidervorschriften in der Verfassung? Ja, leider braucht es das. Nur so können wir der schleichenden Islamisierung vorbeugen und Einhaltung gebieten. Wir wissen alle, dass die Gutmütigkeit und Toleranz unseres Schweizer Wesens immer öfters schamlos ausgenutzt wird. Das begegnet uns täglich. Schauen wir in die Schulen und auf die Fussballplätze bemerken wir, dass wir unsere christlichen Symbole und Bräuche verteidigen müssen. Hallenbäder für spezielle Gruppen räumen müssen und unsere Kinder zu-

gunsten von Muslimen nur noch Poulet-Wienerli bekommen.

Ein Ja für das Verhüllungsverbot sorgt für den Erhalt unserer westlichen Werte. Dafür stehen schon einige europäische Länder wie beispielsweise Frankreich, Belgien, Österreich, Italien und Dänemark voll oder in Landesteilen ein. Lettland kennt das Verbot seit 2016 und zwar explizit zum Schutz der lettischen Kultur. Marokko hat den Handel von Burka und Niqab seit 2017 verboten weil ein Importprodukt von

IN DIESER AUSGABE

Eidgenössische Abstimmung	1
Kommentare	4
Eidgenössische Abstimmung	6
Kantonale Abstimmungen	8
Städtische Abstimmung	10
Aktuelles	11
Letzte Seite	12

Die Erfahrungen des Kantons Tessin zeigen, dass die praktische Anwendung des Verhüllungsverbot problemlos möglich ist und das Verbot von arabischen Touristinnen akzeptiert wird.

wahhabistischen Kräften vermutet wird. Viele andere Länder kennen Verbote im Rahmen von Anti-Terrorismus-Gesetzen. Die Erfahrungen des Kantons Tessin zeigen, dass die praktische Anwendung des Verhüllungsverbot problemlos möglich ist und das Verbot von arabischen Touristinnen akzeptiert wird. Ein Rückgang der Touristen aus dem mittleren Osten verzeichnen weder der Kanton Tessin noch Österreich. Das Minarettverbot widerlegte das gleiche Argument. Die meisten Verstösse wurden durch vermummte Fussballfans registriert.

Das Tragen einer Burka ist eine Diskriminierung der Frau mit dem Ziel, sie zu unterdrücken und herabzuwürdigen. Sie ist ein Ausdruck des fundamentalistischen und politischen Islam

und ein Zeichen für eine religiöse Ideologie. Ein Symbol für die Macht der Männer über die Frauen. Im Koran findet sich kein Hinweis einer Vorschrift dazu. Das Tragen zu erlauben bedeutet Unterwerfung unter die Scharia, das islamische Gesetz und ist ein Symbol des radikalen Salafismus. Ein untrügliches Zeichen die Frau als zweitklassig darzustellen.

Wer beim Tragen der Burka von Selbstbestimmung redet, hat keine Ahnung von den Verhältnissen in den Familien. Das Tragen einer Hygienemaske mit einer Burka gleichzustellen wie dies Bundesrätin Keller-Suter getan hat, ist ein hilfloser Versuch die Initiative lächerlich zu machen. Wir müssen den Mut haben, für unsere humanistischen und auf Menschenrechten basierenden Werten einzustehen. Die Frauen in unserem Land zeigen jeweils am Frauenstreiktag, dass sie sich gegen jegliche Unterdrückung ihres Geschlechts wehren. Sie fordern die totale Gleichberechtigung. Aber hier sind sie erstaunlicherweise still.

Der untaugliche Gegenvorschlag befürwortet die Verschleierung und somit die Diskriminierung der Frauen einer Gruppe, welche sich nur am Rande der Gesellschaft bewegen und nicht ohne männliche Begleitung in die Öffentlichkeit dürfen. Ebenfalls nimmt er die vermummten Randalierer und Kriminellen in Schutz, welche weiterhin unerkannt ihr Unwesen treiben und nicht zur Rechenschaft gezogen werden können.

Auch der EGMR erklärte ein solches Verbot als rechtens und für eine demokratische Gesellschaft notwendig. Mit einem JA schützen wir unsere Rechte und Freiheiten, demaskieren die Hooligans und treten der Macht des radikalen Islam entgegen.

IMPRESSUM

Freiheitliche und konservative Zeitschrift für alle SVP Mitglieder von Stadt und Bezirk Winterthur und für weitere Abonnenten.

Herausgeber
SVP Stadt und Bezirk Winterthur

Erscheint
Viermal jährlich

Auflage
1'600 Expl.

Redaktionsleitung
Robert Winkler
direkt@svp-winterthur.ch
Tel. 079 896 46 06

Redaktion
Hans Brunner, Maria Wegelin, Felix Lisibach, Therese Schläpfer, Werner Schneider, Simon Rüttimann

Druck
Printimo AG
Frauenfelderstrasse 21a
8404 Winterthur

Postadresse
SVP Winterthur
8400 Winterthur

PC-Konto
84-3804-5
SVPdirekt, Winterthur

Inseratannahme
Werner Schneider
Tel. 079 696 47 31
w.o.schneider@glattnet.ch

Berücksichtigen Sie unsere Inserenten, denn sie ermöglichen Druck und Versand des SVPdirekt. Danke.

Inserat

Wir freuen uns, Sie zu informieren, dass die dritte Generation der Familie Heuberger seit 2015 bei uns mitarbeitet. Seit 1972 verwaltet die **SISKA Verwaltungs AG** Liegenschaften für Private, Pensionskassen, Stiftungen und Immobilien-Gesellschaften. Wir entlasten unsere Auftraggeber auch von Steuererklärungen oder übernehmen auf Wunsch das Domizil und die Betreuung von Immobilien-Gesellschaften. Neben der üblichen Verwaltungstätigkeit zählen Gesamt- und Teilsanierungen von Mehrfamilienhäusern, ohne den Mietern deswegen kündigen zu müssen, zu unseren Spezialitäten. Auch energetische Verbesserungen führen wir durch und kontrollieren die Effizienz. Eine eigene Abteilung widmet sich der Verwaltung von Stockwerkeigentum.

Informationen und Referenzen senden wir Ihnen gerne zu:

Generelle Anfragen:
Rainer Heuberger, rainer.heuberger@siska-verwaltung.ch

Recht und Steuern:
Brigitte Heuberger-Blum, b.heuberger@siska-verwaltung.ch

Stockwerkeigentum:
Robert Heuberger jun., robert.heuberger@siska-verwaltung.ch

Auf Ihre Kontaktaufnahme freuen wir uns.



SISKA Verwaltungs AG

Schaffhauserstrasse 9, Postfach 2338, 8401 Winterthur
Tel. 052 260 01 00, Fax 052 260 01 99
info@siska-verwaltung.ch, www.siska-verwaltung.ch

Demokratie vs Diktatur



Das erste Mal spüren wir, wie sich eine Diktatur anfühlen könnte, wie es ist, nicht frei zu sein. Denn wie Ludwig Gratz, ein deutscher Autor, richtig sagt, geht eine Diktatur nicht von den wenigen aus, die Befehle erteilen, sondern von den vielen, die gehorchen.

Unsere Regierung hat etwas geschafft, was noch nie zuvor in einem solchen Ausmass in der Geschichte der Schweiz geschehen ist. Sie hat mit ihrer Coronapolitik das Volk gespalten, nicht in ein linkes und ein rechtes Lager. Nein, die Spaltung geht quer durch sämtliche Parteien. Bei jeder Abstimmung kommt es auch zu einer Art Spaltung, aber das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg werden uns Entscheidungen mit weitreichenden Folgen von oben herab aufgedrückt unter Umgehung der gewohnten demokratischen Prozesse, zum Beispiel indem wir unsere

Stimmzettel in eine Urne legen und uns dann über das Resultat freuen oder es zähneknirschend zur Kenntnis nehmen. Das erste Mal spüren wir, wie sich eine Diktatur anfühlen könnte, wie es ist, nicht frei zu sein. Denn wie Ludwig Gratz, ein deutscher Autor, richtig sagt, geht eine Diktatur nicht von den wenigen aus, die Befehle erteilen, sondern von den vielen, die gehorchen. Vielleicht lehrt uns die aktuelle Geschichte, was für ein Privileg wir haben, nicht einfach gehorchen zu müssen. Vielleicht machen inskünftig mehr Leute als die üblichen 30-40% von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Ich empfehle Ihnen, dieses Privileg zu nutzen. Am 7. März werden Sie einmal mehr die Gelegenheit dazu haben.

Wie das Recht auf freie Meinungsäusserung gehört auch das Versammlungsrecht zu den Grundpfeilern unserer direkten Demokratie. Ich bedaure zutiefst, dass momentan keine

Versammlungen möglich sind, dass General- und Delegiertenversammlungen erneut aufgeschoben werden müssen. Der direkte Kontakt mit Ihnen, der Meinungs austausch, die Diskussionen und die Abstimmungen zu den verschiedenen Vorlagen fehlen mir persönlich sehr und ich freue mich darauf, wenn endlich wieder eine gewisse Normalität in unseren Alltag einkehrt, wie wir sie vor Ausbruch der Coronapandemie gekannt haben.

Ich möchte es aber nicht versäumen, Ihnen Mut zu machen. Mut, für Ihre Meinung einzustehen, für Ihre Überzeugungen zu kämpfen, den Austausch mit Ihren Freunden, Bekannten und Ihren Familien zu suchen. Denn genau davon lebt unsere Demokratie.



Maria Wegelin
Präsidentin SVP
Winterthur
Vize-Präs. Stadt-Töss-
Mattenbach-Veltheim



Kalender

Datum	Anlass	Ort
07. März 2021	Eidgenössische Abstimmung	
27. März 2021	Delegiertenversammlung	
19. Mai 2021	Generalversammlung SVP Winterthur	
13. Juni 2021	Eidgenössische Abstimmung	
21. August 2021	Delegiertenversammlung	
26. September 2021	Eidgenössische Abstimmung	

Finden Sie weitere Informationen zu aktuellen Anlässen auf



svp-winterthur.ch



svp-bezirk-winterthur.ch



svp-zuerich.ch

Inserat

Kalk!
Kein Problem,
mit dem richtigen
System!

ZIER AG
Wasseraufbereitung und Schwimmbadtechnik
Bahnhofstrasse 17 | 8422 Pfungen | Tel. 052 304 00 00
www.zier.ch | mail@zier.ch

Neue Parkierungsverordnungen



Markus Reinhard
Gemeinderat
SVP Winterthur

Stadtrat und Gemeinderat werden in Bälde neue Parkierungsverordnungen erlassen (insbesondere für das Parkieren in der blauen Zone und betreffend des gebührenpflichtigen Parkierens) und hat dabei – zusammen mit der vereinigten Linken, GLP und EVP – ein zutiefst gewerbe- und wirtschaftsfeindliches und bürgerunfreundliches Regelwerk erschaffen. So wie die Mehrheiten stehen, wird das kostenpflichtige

Parkieren auf grosse Teile des Stadtgebietes ausgedehnt, gerade auch an Orten, wo dies kaum sinnvoll ist. Das Entwicklungsgebiet Neuhegi hat er parkierungstechnisch sogar der Altstadt gleichgestellt – mit allen Konsequenzen für Anwohner und Gewerbe. Gerade hier aber auch in den Quartierzentren sind die Gewerbebetriebe, Läden und Restaurants auf Besucher angewiesen und diese kommen in der Lebensrealität nun einmal auch mit dem Auto. Hier das Parkieren zu verunmöglichen, zu erschweren und zu verteuern ist nichts anderes als ein direkter Angriff auf das

Gewerbe. Ursprünglich war eines der Hauptargumente, dass mit den neuen Parkierungsverordnungen dem Pendlerdruck aus dem Speckgürtel begegnet werden soll, was durchaus zu befürworten ist. Von diesem Ziel sind wir nun aber weit entfernt, denn inzwischen ist das oberste Ziel, die Umerzierung der Winterthurer Autofahrer und die Einführung von Gebühren in solcher Höhe, dass damit eine Lenkungswirkung erzielt werden soll. Neben der unverhältnismässigen Einteilung von Neuhegi-Grüze als Zentrumszone sind auch weitere Punkte störend, so zum

Beispiel, dass der Stadtrat neu die Gebührenhöhen in eigener Kompetenz festlegen kann und das Volk ausgeschaltet wird oder dass mit der Einführung der flächendeckenden blauen Zone ein Abbau von bestehenden Parkplätzen einher gehen wird. Die SVP hat sich zusammen mit FDP, CVP und den Verbänden für nötige Anpassungen und Korrekturen stark eingesetzt, was angesichts des Kräfteverhältnisses im Gemeinderat leider nicht von Erfolg gekrönt war. Daher wird uns nur der notwendige Schritt eines Referendums bleiben!

Irgendwo auf der Welt....



Thomas Wolf
Gemeinderat
SVP Winterthur

...gibt's ein kleines bisschen Glück. Vor kurzem bin ich über diesen Schlager aus den dreissiger Jahren des letzten Jahrhunderts gestolpert. Europa befand sich zu dieser Zeit in einer schwierigen Phase. Der Erste Weltkrieg, Folge vieler internationaler Krisen, hat in den beteiligten Ländern viel Leid angerichtet und 17 Millionen Menschen als Opfer gefordert. Gegen das Ende tauchte 1918 zusätzlich eine Pandemie auf: die Spanische Grippe. Ein ansteckender Influenzavirus tötete innert 2 Jahren in drei Wellen bis zu 50 Millionen Menschen. Die meisten Opfer waren zwischen 20 und 40 Jahre alt. Nach diesen Katastrophen gab es einen kleinen Aufschwung, die «goldenen Zwanziger Jahre» verdrängten die schlechten Erinnerungen, bis die Weltwirtschaftskrise und die dunklen Schatten des Zweiten Weltkrieges am Horizont auftauchten. Die «Comedian Harmonists» erreichten mit diesem Text die Sehnsüchte der Menschen.

«Denn ich möchte einmal recht so von Herzen glücklich sein» ist eine weitere Zeile aus dem Lied. Diesen Wunsch teilen wir alle. Unsere Welt ist eine schwierige geworden, nun im zweiten Jahr von Corona beklagen wir 2 Millionen Opfer, besonders betroffen sind die ältesten Mitbürger. Wir erleben Einschränkungen, die wir uns vor kurzem nicht vorstellen konnten. Kino, Konzerte und Restaurantbesuche sind verboten, in Deutschland gilt ein Ausgangsrayon von 15 Km, Bücher im Laden zu kaufen ist nicht erlaubt. Immerhin, Zeitungen und «Heftli» dürfen wir noch erstehen. Momentan etwas im Hintergrund laufen die Aktionen der selbsternannten «Klimaretter» weiter. Der «Notstand» muss bewirtschaftet werden. Sekundiert von der Presse werden weitere Einschränkungen gefordert. Verzicht auf Reisen, Autos, Ölheizungen, massive Preiserhöhungen des privaten Konsums, Hindernisse für die Privatwirtschaft, Abbau der Kernkraftwerke und weitere Forderungen kommen auf uns zu. Also, machen wir uns auf

die Suche nach dem Glück. Wir merken jetzt: Freiheit ist Glück. Wir sind es gewohnt, zu Reisen, fremde Länder zu entdecken, die Sonne und das Meer zu spüren. Wir Menschen lieben keine Einschränkungen. Wir können uns aber anpassen. Wir müssen das Beste aus der Situation machen. Vielleicht tut uns etwas Bescheidenheit oder sogar Demut auch einmal ganz gut. Unser Land kann stolz sein auf die bisherige Geschichte. Unsere Vorfahren haben es hingekriegt, aus einem Gebiet mit wenigen Rohstoffen ein Land zu schaffen, welches fast überall an der Weltspitze ist. Das ging nur gemeinsam, jeder musste sein Bestes geben. Wenn aber eine Minderheit der Mehrheit den Weg vorschreiben will, kommt es nicht gut. Deshalb ist es wichtig, dass wir unsere Freiheit verteidigen. Und zwar nicht mit unkoordinierten Aktionen, verbreiten von Verschwörungstheorien und schon gar nicht mit Drohungen und Aufrufen zur Gewalt oder zum Gesetzesbruch. Die SVP ist eine Regierungspartei. Wir stellen dieses Jahr

den Bundespräsidenten, den Präsidenten des Ständerates sowie den Nationalratspräsidenten. Zwei Bundesräte sowie viele Regierungsräte in den Kantonen haben bei den Entscheidungen eine gewichtige Stimme. Diese Verantwortungsträger sind gefordert und müssen unsere Freiheiten zuvorderst verteidigen. Wir müssen lernen mit dem Virus umzugehen, wie wir das mit anderen Krankheiten auch geschafft haben. Wir müssen die besonders gefährdeten Personen schützen und den anderen die Rückkehr in eine Welt mit mehr Freiheiten ermöglichen. Die Schutzkonzepte im Detailhandel und in der Gastronomie haben funktioniert, deshalb muss eine baldige Öffnung prioritär sein. Kultur muss wieder erlebt werden können, die Museen waren ja bisher selten genug mit Besuchern überlaufen. Wie heisst es so schön in dem Lied: «Bald wird die Stunde da sein, Tag und Nächte warte ich darauf, ich geb die Hoffnung niemals auf». Genau das wünsche ich uns, geben wir die Hoffnung nie auf und kämpfen gemeinsam für unsere Werte.



«Zivilisation beginnt mit Ordnung,
wächst mit Freiheit und stirbt mit
Chaos»
(Will Durant)

Ja Die e-ID ist eine vernünftige Sache



Claudio Zanetti
Alt Nationalrat SVP
Kanton Zürich

Die e-ID ermöglicht die staatlich anerkannte und geprüfte zweifelsfreie Identifikation von Personen im Internet in einem einfachen und einheitlichen Verfahren.

Mit der e-ID wird es der Wirtschaft einfacher gemacht, effizient zu arbeiten. Das ist es, was wir jetzt brauchen.

Eines der grossen Probleme, das Digitalisierung und Internet, die aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken sind, mit sich brachten, ist die zweifelsfreie Identifikation von Menschen, Behörden, Verbände und Unternehmen. Ist eine Person die Person, die zu sein sie vorgibt? Nur diese einfache Frage soll die elektronische ID beantworten. Sie enthält keine Angaben über Grösse, Haarfarbe, «besondere Merkmale» oder Visa und Reiseziele eines Menschen. Bisher wurde das Problem mit Logins und Passwörtern gelöst. Mit der Zeit kam ein zweiter Schritt über einen per SMS auf das Handy übermittelten Code hinzu. Das geht zwar auch, wird aber immer komplizierter und aufwendiger, und das Problem mit den vergessenen Passwörtern, die für alle Anwendungen unterschiedlich sein sollten und darum schwer zu merken, kennen Sie bestimmt auch. Die e-ID ermöglicht die staatlich anerkannte und geprüfte zweifelsfreie Identifikation von Personen im Internet in einem einfachen und einheitlichen Verfahren. Davon profitieren alle: für Personen wird die Internetnutzung einfacher und sicherer, Unternehmen und Behörden sind vor Identitätsbetrug und Falschangaben besser geschützt, Verwechslungen werden verhindert und das Online-Angebot kann massgeblich erweitert und dessen Nutzung erleichtert werden. Die e-ID kommt überall dort zum Einsatz, wo Produkte und Dienstleistungen von Privaten oder Behörden online angeboten werden. Gegen das Gesetz zur

Einführung einer e-ID wurde das Referendum ergriffen, und darum stimmen wir darüber ab. Die Gegner der Vorlage befürchten, dass persönliche Daten in die falschen Hände geraten könnten und nur der Staat deren Schutz gewährleisten könne. Dass dieser Staat seit ein paar Jahren einen regen Handel mit Bankdaten pflegt, die hierzulande in den Schutzbereich der Privatsphäre gehörten, wird ausgeblendet. Überhaupt ist das Vertrauen in den Staatsapparat keineswegs gerechtfertigt. Es war dieser Staat, der als grösste Bedrohungen für unser Land «Strommangellage» und «Pandemie» erkannte. Doch was tat er? Zur Bekämpfung des Strommangels stellt er

Atomkraftwerke ab, was die Gefahr vergrössert, und was die Pandemie angeht, darf mit Fug und Recht von Versagen der Verantwortlichen gesprochen werden. Nicht einmal Schutzmasken waren vorhanden. Die Konzepte, die angeblich auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren, wechseln alle paar Tage, und kürzlich wurde gemeldet, dass jetzt, wo endlich ein Impfstoff vorhanden ist, die falschen Spritzen bestellt wurden. Was hingegen reibungslos funktioniert hat, ist das Drucken von Geld – zu Lasten der kommenden Generationen. Mit der e-ID wird es der Wirtschaft einfacher gemacht, effizient zu arbeiten. Das ist es, was wir jetzt brauchen.

Inserat

COMES

Ihr Vertrauenspartner für

Treuhand

Vermögensberatung

Versicherungsfragen

Postfach 1659
Bankstrasse 8
8401 Winterthur
Tel. 052 222 33 20
Fax 052 222 33 28
E-Mail: comes@comes.org
Website: www.comes.org

Ja Freihandelsabkommen stärken unsere Unabhängigkeit

Gregor Rutz
SVP Nationalrat
Kanton ZH

Die SVP kämpft für eine unabhängige und neutrale Schweiz. Genau aus diesem Grund ist es wichtig, Ja zum Freihandelsabkommen mit Indonesien zu sagen. Je mehr solche Wirtschaftsabkommen wir auf der Welt haben, umso weniger abhängig sind wir von der EU.

Die Corona-Pandemie war ein Schock für viele Unternehmen. Unsere Wirtschaft braucht dringend neue Impulse. Wir müssen die Rahmenbedingungen verbessern, um für die Zukunft gerüstet zu sein und konkurrenzfähig zu bleiben. Gerade in dieser Hinsicht ist das Freihandelsabkommen mit Indonesien, über das wir am 7. März abstimmen,

wichtig. Zudem stärkt es unsere Unabhängigkeit: Wir haben derzeit über 30 Freihandelsabkommen mit 41 Partnern. All diese Abkommen schaffen wirtschaftliche Perspektiven – und machen uns weniger abhängig von der EU.

Der Vertrag bringt für Schweizer Unternehmen diverse Vorteile. Hohe Zölle fallen weg, der Schutz des geistigen Eigentums wird gestärkt, die Investitionssicherheit erhöht und technische Handelshemmnisse beseitigt. In wirtschaftlich schwierigen und unsicheren Zeiten erhalten Schweizer Betriebe so einen wertvollen Wettbewerbsvorteil gegenüber Unternehmen anderer Länder.

Landwirtschaft bleibt geschützt

Das Abkommen mit Indonesien war vor allem wegen dem Palmöl in den Schlagzeilen. Doch es geht um viel mehr: Der Vertrag bringt allen Schweizer Exportbranchen Vorteile. Sowohl die Industrie als auch die Hersteller landwirtschaftlicher Erzeugnisse profitieren.

Auch der Bauernverband steht hinter dem Abkommen. Besorgnis seitens der Landwirtschaft – v.a. wegen dem Raps- oder Sonnenblumenöl – ist unbegründet. Gerät der Schweizer Ölsaatenmarkt unter Druck, sieht das Abkommen einen Schutzmechanismus vor. Dieser erlaubt der Schweiz, angemessen auf die Importe zu reagieren. Die Palmölimporte aus Indonesien sind gering: Sie entsprechen nur 2% der Gesamtimporte aus Indonesien. Der Bundesrat geht davon aus, dass der Schweizer Import von Palmöl aufgrund des Abkommens nicht ansteigt. Dies vor allem, weil die Einhaltung der hohen Nachhaltigkeits- und

Qualitätsanforderungen künftig zwingend ist. Umgekehrt schafft das Abkommen neue Exportmöglichkeiten für Schweizer Produkte wie Schokolade oder Milchprodukte (z.B. Käse). Indonesien verpflichtet sich, für solche Produkte seinerseits die Zölle zu senken.

Nachhaltigkeit wird gestärkt

Bezüglich Umweltschutz und nachhaltiger Produktion bringt das Wirtschaftspartnerabkommen enorme Fortschritte. Es gewährleistet einen fairen Handel mit Palmöl. Diese Konzessionen sind eine Premiere: Erstmals hat Indonesien klaren Anforderungen an einen nachhaltigen Handel mit Palmöl zugestimmt. Solch verbindliche Verpflichtungen ist das Land bislang mit keinem anderen Handelspartner eingegangen. Die internationalen Bemühungen für eine Verbesserung der Nachhaltigkeitsstandards sind damit einen grossen Schritt weitergekommen. Indonesien verpflichtet sich, Gesetze zum Schutz von Primärwäldern, Torfmooren und ähnlichen Ökosystemen umzusetzen, die Abholzung, die Entwässerung von Torfmooren sowie Brandrodungen zu stoppen und die Rechte der indigenen Bevölkerung wie auch der Arbeitnehmenden zu respektieren. Dieser Vertrag kann richtungsweisend sein für neue Abkommen mit aufstrebenden Märkten wie Malaysia, Vietnam oder Indien. Aus SVP-Sicht ist klar: Aussenpolitik muss vor allem Aussenwirtschaftspolitik sein. Dieses Abkommen gehört zu den gut geratenen Verträgen – darum ist ein Ja am 7. März die richtige Antwort.

Aussenpolitik muss vor allem Aussenwirtschaftspolitik sein. Dieses Abkommen gehört zu den gut geratenen Verträgen – darum ist ein Ja am 7. März die richtige Antwort.

Inserat

PRINTIMO.
MEHR ALS
NUR DRUCK.



Printimo AG
Frauenfeldstrasse 21a
8404 Winterthur
Tel: +41 52 262 45 85
info@printimo.ch
www.printimo.ch

© 2019 Printimo AG, ein Unternehmen der Corona Group

Ja Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben



René Isler
Kantonratsrat SVP
Kanton Zürich

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen.

Es ist klar mein Anliegen, dass die Bevölkerung deshalb ein Anrecht hat zu wissen, aus welchen Ländern kriminelle Delinquenten kommen, welche hier die Sicherheit beeinträchtigen und so Mehrkosten von Polizei, Justiz und den Strafvollzug notwendig machen.

Am 7. März 2021 stimmen wir bekanntlich über die SVP-Initiative «Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben» ab. Das es überhaupt zu dieser Initiative und schliesslich zur Volksabstimmung kam bzw. kommt, ist einmal mehr eine Causa Stadt Zürich. Es war der linksextreme und bekennende Kommunist, Stadtrat Wolff, welcher von heute auf morgen als Vorsteher seiner Stadtpolizei Zürich verbot, bei Straftaten die Nationalität der Täterschaft zu nennen. Das sei diskriminierend und werfe nur ein schlechtes Licht auf die ausländische Bevölkerung, so die Begründung.

Für die Bekanntgabe der Nationalität besteht aber meiner Meinung nach ganz klar ein öffentliches Interesse, da die Bevölkerung ein Recht hat, umfassend und transparent über die allgemeine, öffentliche Sicherheit informiert zu sein. Die Statistiken belegen, dass bei Straftaten Täter aus bestimmten Ländern und Regionen überproportional vertreten sind. Es ist klar mein Anliegen, dass die Bevölkerung deshalb ein Anrecht hat zu wissen, aus welchen Ländern kriminelle Delinquenten kommen, welche hier die Sicherheit beeinträchtigen und so Mehrkosten von Polizei, Justiz und den Strafvollzug notwendig machen. Die Volksinitiative der SVP will deshalb ausdrücklich alle Polizeikörper im Kanton Zürich dazu verpflichten, die Öffentlichkeit über Straftaten

zu informieren. Mit 112 zu 37 Stimmen wurde die Initiative im Kantonsrat angenommen und an die entsprechende Kommission überwiesen. Dort wurde dann ein Gegenvorschlag ausgearbeitet, welcher zwar unsere Initiative grösstenteils entgegenkam, aber dennoch Abstriche bei der Nennung der Nationalitäten vornehmen will. Während unsere Initiative auch noch wissen will, ob es sich bei Straftätern um Personen mit Migrationshintergrund handelt, klammert der Gegenvorschlag diese Nennung aus. So stimmen wir am 7. März 2021 über die ursprüngliche SVP-Initiative sowie den Gegenvorschlag ab. Ich empfehle euch unserer Initiative zuzustimmen. (A. Kantonale Volksinitiative «Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben»). Herzlichen Dank für eure Unterstützung.

Ja Anpassung Grenzwert



Elisabeth Pflugshaupt
Kantonsrätin SVP
Kanton ZH

Gemäss vorliegendem Gesetzesvorschlag soll die Kompetenz neu für den Regierungsrat für einmalige neue Ausgaben bei 4 Mio. und für wiederkehrende bei 400 000 Franken sein. So unterstehen alle Entscheide des Regierungsrates ab dieser Grenze dem fakultativen Referendum.

Worum geht es? Die Verfassungsänderung ist nötig, weil eine Gesetzeslücke bei der Finanzkompetenz bei Entscheidungen zu neuen Ausgaben zwischen dem Volk, dem Kantonsrat und dem Regierungsrat besteht. Heute gilt: Der Regierungsrat kann neue einmaligen Ausgaben selbständig beschliessen bis 3 Mio. Franken und wiederkehrende Ausgaben bis 300 000 Franken. Der Kantonsrat ist heute bei

neuen einmaligen Ausgaben erst ab 3 Mio. Franken und bei Wiederkehrenden ab 300 000 Franken zuständig, und das Referendum ist erst ab 6 Mio. Franken bzw. 600 000 Franken möglich. Es besteht zwischen 3 und 6 Mio. Franken also eine Lücke, die geschlossen werden muss: Es ist kein Referendum möglich. Gemäss vorliegendem Gesetzesvorschlag soll die Kompetenz neu für den Regierungsrat für einmalige neue Ausgaben bei 4 Mio. und für wiederkehrende bei 400 000 Franken sein. So unterstehen alle Entscheide des Regierungsrates ab dieser

Grenze dem fakultativen Referendum. Warum ist das neu vorgesehen? Damit werden die Volksrechte gestärkt. Mit dieser Verfassungsänderung wird eine Gesetzeslücke geschlossen. Dadurch wird Klarheit geschaffen. Zukünftig kann dadurch Zeit, Geld und Energie gespart werden. Es ist keine spektakuläre Gesetzesanpassung und auch kein wahnsinnig spannendes Thema, aber es ist wichtig! Das vorliegende Gesetz ist parteiübergreifend erarbeitet worden. Es ist ausgewogen und schafft klare Verhältnisse. Die SVP unterstützt darum diese Gesetzesvorlage.

Nein zu einem zahnlosen Papiertiger

Barbara Steinemann
Nationalrätin SVP
Kanton ZH

Schliesslich haben SP, Grüne und GLP mit 88 zu 85 per Zufallsentscheid all den wirksamen Instrumenten für die Bekämpfung von Missbrauch die Zähne gezogen.

Ein Nein am 7. März zur Sozialhilfegesetz-Revision eröffnet den Weg, eine bessere Lösung zu finden.

Bestimmt mögen Sie sich an den Abstimmungskampf vom November 2018 erinnern: Sollen Sozialdetektive eine ausreichende gesetzliche Grundlage erhalten, damit der Missbrauch unserer Sozialversicherungsleistungen effektiv bekämpft werden kann?

Die Frage stellte sich, weil der Menschenrechtsgerichtshof in Strassburg die Schweiz gerügt hatte, die Details dazu seien rechtlich mangelhaft abgestützt. Später hatte die Linke das Referendum ergriffen, die Stimmbürger die gesetzliche Grundlage jedoch deutlich mit 65 Prozent gutgeheissen.

Daraus folgte, dass auch die rechtliche Basis zur Bekämpfung von Sozialhilfebetrug ungenügend war. Sozialhilfe ist aber eine kantonale Materie. SVP-Kantonsrat Benedikt Hoffmann, ein Bezirksrichter, reichte eine Parlamentarische Initiative mit dem Titel «Klare gesetzliche Grundlage für Sozialhilfede-

tektive» ein, damit der Kanton Zürich alle Ansprüche erfüllt.

Im März 2019 jedoch, mitten im Gesetzgebungsprozess, kippte das Parlament nach den Neuwahlen auf die linke Seite: Schliesslich haben SP, Grüne und GLP mit 88 zu 85 per Zufallsentscheid all den wirksamen Instrumenten für die Bekämpfung von Missbrauch die Zähne gezogen.

Verboten sind danach:

1. Unangemeldete Hausbesuche.

Diese werden heute regelmässig getätigt und sind unbestritten-ermassen ein effizientes Mittel fürs geübte Auge des Detektives, um Unstimmigkeiten aufzuspüren. Bei Anmeldung können sich Betrüger danach richten und ihre Wirkung verpufft.

2. GPS-Tracker

Der Stimmbürger hat sie für Sozialversicherungsbetrug ausdrücklich gutgeheissen. Schwarzarbeit - Mithilfe am Kebab-Stand, putzen oder den berühmten illegalen Autohandel - kann durch Ortungsgeräte

besonders effizient bekämpft werden. Warum sollten die Gemeinden gegen Ergänzungsbetrüger GPS-Tracker einsetzen dürfen, nicht aber bei Sozialhilfemissbrauch?

3. den Gemeinden die selbständige und schnelle Einleitung von verdeckten Ermittlungen

Jede Observation muss vorher vom Bezirksrat genehmigt werden. Die Linke misstraut zum einen den kommunalen Behörden und Verwaltungen, zum anderen negieren einige Gruppierungen ganz grundsätzlich die Existenz von Missbrauch unserer Sozialwerke.

Diese Einschränkungen der Gemeindeautonomie hat 49 Gemeinden dazu bewogen, das Referendum zu ergreifen. Leider ist der Titel von SVP-Hoffmanns Initiative «klare gesetzliche Grundlage für Sozialdetektive» geblieben, obwohl das vorliegende Gesetz alles andere als seiner Absicht entspricht. Ein Nein am 7. März zur Sozialhilfegesetz-Revision eröffnet den Weg, eine bessere Lösung zu finden.

Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeinderatswahlen 2022 gesucht!

Im 1. Quartal 2022 finden die Stadt- und Gemeinderatswahlen in Winterthur statt. Der Gemeinderat Winterthur besteht aus 60 Mitgliedern, von denen heute 10 der SVP-Fraktion angehören. Unsere Gemeinderäte vertreten gemeinsam mit der Fraktion unsere Anliegen. Wichtig für Interessenten sind vor allem das Interesse an der Stadtpolitik und der Wunsch, sich aktiv einzubringen.

Der Gemeinderat tagt in der Regel am Montag, rund 13 Mal pro Jahr. Jeweils am Mittwohabend vor einer Gemeinderatssitzung findet die Fraktionssitzung der SVP statt. Neben den Sitzungen kommen natürlich individuelle Vorbereitungszeiten hinzu. Je nach Interesse kann ein Gemeinderatsmitglied die SVP auch in einer gemeinderätlichen Kommission vertreten. Diese tagen in der Regel jeden Montag, ausser Ferien.

Hast Du Interesse dich als Kandidatin / Kandidat für den Gemeinderat zu engagieren und im Falle einer Wahl die SVP und unsere Politik im Gemeinderat zu vertreten? Dann sende ein kurzes Motivationsschreiben und einen kurzen Lebenslauf per Email an unseren Wahlkampfleiter Markus Reinhard (markus.reinhard@svp-winterthur.ch).

Die Nomination und die Listengestaltung erfolgt durch die Mitglieder- versammlung der SVP Stadt Winterthur.

Fragen? Unklarheiten? Auch hier steht Dir Markus Reinhard jederzeit gerne zur Verfügung unter 079 675 19 76.

Ja Gestaltungsplan Eichwaldhof – der neue Blickfang am Rand von Oberwinterthur!



Visualisierung



Visualisierung



Michael Gross
Gemeinderat
SVP Winterthur

Der Eichwaldhof soll zu einem Winterthurer Vorzeigequartier werden. Verglichen mit dem heutigen Zustand ist die geplante Überbauung in jeder Hinsicht ein Quantensprung: städtebaulich, ökologisch und für das Quartier. Eine win-win-win-Situation – wäre da nicht die vor Jahrzehnten falsch konzipierte verkehrstechnische Erschliessung.

Der pflanzenreiche, offene Freiraum Richtung Frauenfelderstrasse und die privaten, Richtung Eichwald-Bach ausgerichteten Gartenbereiche unterstützen den Charakter einer Gartenstadt mit dem Flair einer urbanen Siedlung.

Die Überbauung im Eichwaldhof an der Eingangspforte zu Oberwinterthur ist baufällig geworden. Kein Ort, der zum Verweilen einlädt. Aus ökologischen, städtebaulichen und wirtschaftlichen Gründen macht eine Sanierung keinen Sinn. Deshalb kamen die Grundeigentümerinnen einen gemeinsamen Gestaltungsplan für zeitgemässen Wohn- und Freiraum zu entwickeln.

Wohnraum für alle – intelligent und nachhaltig geplant

Im Eichwaldhof entsteht ein attraktives und vielseitiges Wohnungsangebot. Die geplanten 325 Wohnungen werden in allen Preissegmenten erstellt und fördern mit vielfältigen Wohnungstypen eine gute Durchmischung. Räume für einen Quartierladen, eine

Kindertagesstätte, Büros und Ateliers bereichern das lokale Angebot und tragen zu einem lebendigen Quartierleben bei. Die behindertengerechten Gebäude erfüllen höchste energetische Anforderungen und werden mit erneuerbarer Energie versorgt. Fotovoltaikanlagen mit extensiver Begrünung der Flachdächer verstärken die Nachhaltigkeit.

Ein neu entstehender Grün- und Erholungsraum

Der pflanzenreiche, offene Freiraum Richtung Frauenfelderstrasse und die privaten, Richtung Eichwald-Bach ausgerichteten Gartenbereiche unterstützen den Charakter einer Gartenstadt mit dem Flair einer urbanen Siedlung. Der grosse Innenhof mit schattenspendenden Bäumen ist das verbindende Element. Der zentrale Pavillon wird sicher zum beliebten Begegnungsort. Der Saum des Eichwald-Bachs ist neu öffentlicher Naturraum und Spielort und über einen Steg mit dem Quartier verbunden.

Wehmutstropfen verkehrstechnische Erschliessung

Nicht schönzureden und ungenügend ist die Erschliessung. Ein direkter Anschluss an die Frauenfelderstrasse wurde vom Kanton nicht bewilligt und war somit keine Alternative. Die ungenügende Verkehrssituation verdanken wir dem früheren,

linken Stadtrat, dessen Fokus nicht auf der Erschliessung des motorisierten Individualverkehrs lag. Heute können wir die Situation nicht mehr retten. Genau dieses Problem nimmt aber der Gestaltungsplan auf. Auf dem Areal sind 850 leicht zugängliche Veloabstellplätze vorgesehen. Bei den Auto-Abstellplätzen (PP) haben sich die Grundeigentümer bereits am Minimum der restriktiven Parkplatzverordnung orientiert und waren bereit, diese nochmals um 100 auf 244 PP zu senken. Praktisch alle Parkplätze werden unterirdisch angeordnet. Alle Parteien tragen den Gestaltungsplan mit. Das Referendum aus dem Quartier ergab sich wegen der ungenügenden Erschliessungssituation. Eine Ablehnung des Gestaltungsplans würde jedoch die Situation nicht verbessern. Im Gegenteil, den Grundeigentümern stehen rechtmässig viel mehr Parkplätze zu und diese könnten sie auch ohne Gestaltungsplan realisieren.

Der Stadtrat und der Gemeinderat mit 53 zu 2 Stimmen empfehlen ein JA zum Gestaltungsplan. Sagen auch Sie JA zu nachhaltigem, vielseitigem und bezahlbarem Wohnraum – JA zum Gestaltungsplan Eichwaldhof!

Autofreie Sonntage – reine Symbolpolitik



Markus Reinhard
Gemeinderat
SVP Winterthur

Die Mehrheit des linken Gemeinderates hat mit der Unterstützung der GLP am 6. Juli 2020 dem Stadtrat eine Motion überwiesen, welche vier autofreie Sonntage auf allen Winterthurer Strassen (inklusive den kantonalen Hauptverkehrsachsen) fordert. Der Stadtrat hat die Motion noch so gerne entgegengenommen und setzt diese auch mit hohem Tempo um. So soll bereits im Sinne eines Aktionstages am 19. September 2021 die Technikumstrasse komplett gesperrt werden.

«Der Stadtrat erkennt den Wert autofreier Sonntage und sieht darin einen Nutzen für die Bevölkerung und will, dass diese ihr Mobilitätsverhalten

reflektiert». Man darf sich angesichts solcher Phrasen schon fast als Schüler fühlen, welcher vom Lehrer getadelt wird. Da die Bevölkerung nicht freiwillig auf das Auto verzichten will oder kann (gebehinderte Menschen, Handwerker, Lieferanten etc.), muss sie in der Logik von links-grün und dem linken Stadtrat einmal mehr mit Verboten zum «richtigen» Verhalten und zur richtigen Weltanschauung erzogen werden.

Der Stadtrat will an jeweils vier Aktions- beziehungsweise Erlebnistagen im Jahr gewisse Strassenzüge beziehungsweise einen bestimmten Perimeter in Winterthur für den privaten Motorfahrzeugverkehr sperren. Ausser einigen fanatischen Autohassern wird dies die Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner wohl ziemlich egal sein, ausser, dass an diesem

Tag noch grössere Verkehrsprobleme verursacht werden, als wir sie schon tagtäglich als direkte Folge einer völlig falschen und ideologischen Verkehrspolitik ertragen müssen. Dazu kommt noch, dass die sinnbefreiten Aktionstage wiederum Steuergelder kosten werden. Angesichts der desaströsen Finanzlage unserer Stadt muss man sich wirklich wundern, welche Prioritäten gesetzt werden und wie sich jeglicher Realitätssinn verabschiedet hat.

Die einzig gute Nachricht an diesem Seldwyla-Streich ist, dass der Stadtrat infolge übergeordnetem Recht gottseidank nicht die Kompetenz hat, alle Strassen in der Stadt für den Autoverkehr sperren zu lassen. Was der Stadtrat zudem ebenfalls ausblendet ist der Umstand, dass auch unsere Notfalldienste (Polizei, Feuerwehr, Rettungs-

dienst) auf frei befahrbare Strassen und eine direkte Anfahrt an den Notfallort angewiesen sind, um rasch der Bevölkerung die nötige Hilfe zukommen zu lassen. Mit solchen Aktionen gefährdet der Stadtrat vorsätzlich die Sicherheit unserer Bevölkerung.

Dieses Vorhaben darf zu Recht als nutzlose Symbolpolitik und als «Zückerli» an die eigene Klientel des links-grünen Stadtrates betrachtet werden. Winterthur hat (hätte) andere Prioritäten und Sorgen in der Verkehrspolitik, das letzte was wir brauchen sind noch mehr Einschränkungen. Es ist aber zu befürchten, dass es nicht nur bei der Technikumsstrasse bleiben wird.

Sie haben es in der Hand – die nächsten Wahlen sind in rund 12 Monaten!

Inserat

BALD PRÜFUNG? BESSERE NOTEN NÖTIG? SCHOOLBUDDY HILFT!

MATHE DEUTSCH RW PHYSIK 6 Sprachen

UNSERE VORTEILE

- Die schnellere ONLINE Nachhilfe
- Mathe, RW, Physik, Chemie, Sprachen: DE, EN, FR, ES, RU...
- Einfach und zeitlich flexibel
- Professionelle Lektionen, langjährige Erfahrung
- Flexible Buchungsweise mit Kalender und Zahlung

- ERSTELLE DEN ACCOUNT
- WÄHLE DEN TUTOR
- BUCHS STUNDE UND FACH
- SENDE DEINE AUFGABEN
- STARTE DIE STUNDE ONLINE!

KONTAKT MIT

076 406 13 74

info@schoolbuddy.ch

schoolbuddy.ch
Let's get it done!

GRATIS
PROBELEKTION

Parolen

7. März 2021

Eidgenössisch

Verhüllungsverbot

Ja

E-ID

Ja

Wirtschaftspartner-
schaftsabkommen
mit Indonesien

Ja

Kantonal

Anpassung Grenzwerte

Ja

Änderung des
Sozialhilfegesetz

Nein

Bei Polizeimeldungen
sind Nationalitäten
anzugeben

Ja

Gegenvorschlag

Ja

Stichfrage:
A Volksinitiative

Städtisch

Privater Gestaltungs-
plan «Eichwaldhof» &
Aufhebung Tegerlooweg

Ja

Halten Sie durch – die Sonne scheint bald wieder



Felix Lisibach
Redakteur

Wissen Sie was mich persönlich am meisten stört in der Corona-Krise? Beim Durchblättern allmöglicher Zeitungen scheint es mir, als liefе ein Wettbewerb wer das katastrophalste Weltuntergangsszenario präsentiert. Wir werden nie wieder reisen können, die Schweiz wird verarmen und unsere Grosseltern werden wie nie wieder zu Gesicht bekommen – dies sind nur einige der grauenhaften Beispiele, denen ich selbst schon begegnet bin. Dies kann so nicht sein!

Auf der Suche nach einem geeigneten Thema für die letzte Seite, habe ich mich dazu entschlossen diese Plattform zu nutzen, um etwas Licht in diese Zeit zu bringen. Mir ist klar, dass

es nicht einfach ist, etwas Gutes in dieser Zeit zu sehen, aber dennoch plädiere ich bewusst dafür, sich am Silberstreifen am Horizont zu orientieren. Denn diesen gibt es, da bin ich mir sicher.

Bald werden wir nämlich wieder mit unseren Freunden am Abend ein Bier trinken oder mit unserem Schwarm den nächsten Hollywood-Blockbuster im Kino zusammen ansehen können. Bald ist es wieder soweit und wir werden Schulter an Schulter zu den besten Bands während der Winterthurer Musikfestwoche tanzen. Nicht mehr lange und wir werden unsere wohlverdienten Ferien mit einem Mojito in der Hand an den schönsten Stränden dieser Welt verbringen, nachdem uns unsere Arbeitskollegen wieder auf den Keks gegangen sind. Wir werden uns wieder nerven

können morgens früh mit hunderten von Pendlern im ÖV Richtung Büro zu fahren, nur um dort an einem Meetings teilzunehmen, dass genauso gut ein Mail hätte sein können. Die Kinder werden wieder auf Schulreisen und in Lager gehen können und die Studenten werden wieder verkatert dem Professor im grössten Hörsaal der Uni zuhören können.

Gerade jetzt ist es ausserordentlich wichtig, dass man sich diese Dinge vor Augen hält, denn neben dem Corona-Virus, darf man die mentale Gesundheit nicht vergessen. Zu einem anständigen «sich gegenseitig Sorge tragen», gehört nun einmal auch dazu, dass man sich gegenseitig daran erinnert, dass die Sonne nicht ewig verschwunden bleiben kann.



www.svp-winterthur.ch
direkt@svp-winterthur.ch

Blick über Winterthur
Drohnenbild von Robert Winkler

SVPdirekt 2021/21